71. Jahrgang. № 221 Donnerstag, 12. Mai 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 40
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Blüthner-Flügel -Pianos
Prager Straße 12 Fernruf 16378

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Behagliche, neuzeitliche Räume bieten angenehmen Aufenthalt
Gebäcke, Torten und Eisspeisen sind erstklassig und preiswert

Anhaltender Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Verminderung der Gesamtzahl der Arbeitslosen im April um 22 Prozent.

Indiskretionen über die Pariser Verhandlungen — Jugendschutz im Reichstag — Auf dem Wege zur Einigung über den Republikschutz

871 000 Erwerbslose am 1. Mai.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 11. Mai. **Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt auch in der zweiten Aprilhälfte einen erfreulichen Rückgang, und zwar um rund 113 000 gleich 11,4 Prozent.** Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817 000 auf 717 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 167 000 auf 154 000. Die Gesamtzahl von 984 000 auf 871 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich im gleichen Zeitraum von 1 120 000 auf 989 000 vermindert. **Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April beträgt rund 250 000 gleich 22 Prozent (1 121 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. April gegenüber 871 000 am 1. Mai 1927).** Ueber die Krisenfürsorge liegt eine neue Zahl nicht vor. (W. T. B.)

Vor der Einigung über den Republikschutz.

Das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung.

Berlin, 11. Mai. Die Führer der Regierungsparteien, Graf Westarp (Deutschnationale Volkspartei) Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei), Guerard (Zentrum) und Leicht (Bayrische Volkspartei) erschienen heute beim Reichskanzler, um die Besprechungen über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes aufzunehmen. Außer dem Reichskanzler nahmen vom Reichskabinett Reichswirtschaftsminister Curtius, Reichsjustizminister Hergt und Reichsinnenminister von Keudell an den Verhandlungen teil.

Ueber das Ergebnis der Besprechung verlautet, daß die Frage der Aufhebung des Staatsgerichtshofes im Vordergrunde der Erörterungen gestanden habe, eine Forderung, die nicht nur von den Deutschnationalen, sondern auch von der Deutschen Volkspartei vertreten werde. Im übrigen scheinen, wie die „Tägliche Rundschau" berichtet, **nennenswerte Schwierigkeiten nicht mehr vorzuliegen. Auch über die Bestimmungen, die die Dynastien und die Rückkehr des Kaisers betreffen, werde eine Einigung möglich sein.**

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Die angeblichen Besprechungen mit dem Bankier Kahn.

Berlin, 11. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wurden die Meldungen zur Sprache gebracht, die über angebliche Verhandlungen mit dem amerikanischen Finanzier O. H. Kahn über eine Privatisierung der Reichspost und Abänderung des Dawes-Planes berichten. **Im Reichskabinett wurde festgestellt, daß weder irgendein Ministerium, oder eine sonstige amtliche Stelle, noch die Reichsbank derartige Verhandlungen mit dem genannten Herrn geführt haben.** Dahingehende anderslautende Mitteilungen entbehren jeglicher Grundlage, sind daher frei erfunden und verfolgen wohl nur den Zweck, Beunruhigungen im In- und Auslande zu schaffen.

Wie die „Voss. Ztg." wissen will, wurde in der Sitzung des Reichskabinetts nach einem Bericht des Reichskanzlers über das Ergebnis der interfraktionellen Verhandlungen **über das Republikschutzgesetz ein vorläufiger Entwurf der Vorlage für den Reichstag beschlossen.** In dem ersten Artikel der Vorlage werde die Verlängerung des Republikschutzgesetzes um zwei Jahre ausgesprochen, in ihrem zweiten und letzten vermutlich der Staatsgerichtshof vollständig aufgehoben werden. — Der gleichen Quelle zufolge ging den Beratungen über das Republikschutzgesetz ein Bericht Dr. Stresemanns voraus über die aktuellen Fragen der Außenpolitik und insbesondere über die Besprechungen Dr. Rieths mit Briand.

Die Verlautbarungen, die hinsichtlich des Republikschutzgesetzes seitens der Regierung ein vorläufiger Entwurf einer Vorlage für den Reichstag beschlossen sei, werden von zuständiger Stelle als nicht zutreffend bezeichnet.

Die Lüge im innerpolitischen Kampf.

Kein Einwirken Hindenburgs auf die Deutschnationalen.

Berlin, 11. Mai. Die „Berliner Volkszeitung" schreibt heute abend: „Wie wir hören, hat der Reichspräsident im Interesse einer einheitlichen deutschen Außenpolitik auf die Deutschnationale Volkspartei dahin eingewirkt, daß Kundgebungen unterbleiben, die die deutsche Diplomatie lähmen und gegenüber dem Ausland in eine schwierige Situation bringen. Den Anlaß zu dieser Einwirkung hat offenbar die rednerische Eskapade Hergts in Beuthen gegeben."

Wie die T.-U. von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Meldung völlig unzutreffend. (T. U.)

Prinz Karl von Bayern gestorben.

München, 10. Mai. Prinz Karl von Bayern, der im 58. Lebensjahr stehende Bruder des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht und zweite Sohn König Ludwigs III., ist an einer Blinddarmentzündung gestorben. Eine im Schwabinger Krankenhaus vorgenommene Operation konnte keine Rettung mehr bringen.

Unwürdige Kampfmittel.

Der erbitterte Kampf, der lange Wochen hindurch den Berliner Stahlhelmtag umtobte, gab bereits Veranlassung, die zunehmende Verschärfung der Kampfweise zu kennzeichnen, die jede neue innenpolitische Auseinandersetzung bei uns im Gefolge hat. Die gröbsten Geschütze des politischen Kampfes, wie die persönliche Verunglimpfung, die Unterstellung unlauterer Absichten, der gesellschaftliche und wirtschaftliche Boykott, die offene Herausforderung und der tätliche Angriff auf „Andersdenkende", sind so sehr zu Gebrauchsmitteln des täglichen politischen Kampfes geworden, daß eine allgemeine Vergiftung des politischen Lebens eingetreten ist, die gefahrdrohende Möglichkeiten in sich birgt. Ist es doch so weit, daß in diesen Zeiten, wo Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft mehr als je vonnöten ist, ein Deutscher im andern zuerst *und vor allem den politischen Gegner sieht und zu seiner Bekämpfung* unbedenklich die Hilfe feindlich gesinnter Ausländer annimmt, wenn solche Hilfe auch direkt deutsche Lebens- und Staatsinteressen bedroht. Was man in dieser Beziehung vor dem Stahlhelmtag erleben mußte, war schlimm genug. Nun ist die große Veranstaltung vorüber, und sie war, wie alle Beobachter bestätigen, die ohne Parteischeuklappen unparteiisch *urteilen, ein voller Erfolg.* Der Aufzug der Hunderttausend war imposant, die Kundgebungen der Frontsoldaten haben alle von einseitiger Parteipolitik noch nicht fanatisierten Herzen höher schlagen lassen, und die eiserne Disziplin dieser Massen, die jede Möglichkeit von Ausschreitungen ausschloß, hat der Bevölkerung gezeigt, daß nicht ein Hang zu Putsch und Umsturz, nicht die Lust zu einfältiger Soldatenspielerei *diese Reihen zusammenhält, sondern eine hohe, reine Idee,* gemischt aus glühender Vaterlandsliebe und stürmischem Freiheitsdrang. Es war ein neuer und doch vertraut anmutender Geist, der sich in diesem Berlin, das nachgerade nur noch die Politik des Schmähwortes und des Schlagringes kennt, geoffenbart hat. Und daß das Ziel der „Eroberung" der für vaterländisches Empfinden aufnahmefähigen, aber *noch indifferenten Massen so weit als nur möglich erreicht* wurde, das hat nicht nur der Jubel gezeigt, mit dem der größte Teil der Bevölkerung die Stahlhelmleute begrüßt hat, das beweist auch der Hagel von Aufnahmegesuchen, der seit Montag über die Berliner Landesgeschäftsstelle des Stahlhelms niedergeht.

Man sollte nun meinen, daß sich die Stahlhelmfeinde jetzt *beruhigen würden, nachdem alle ihre düsteren Prophezeiungen* über den Berliner Tag sich als mißgünstige Unkenrufe erwiesen haben. Aber weit gefehlt! Die Hetze und die Volksvergiftung geht weiter. Und nun kommen, nachdem die großen versagt haben, die kleinen und kleinlichen Mittel des politischen Kampfes zur Anwendung, deren Lächerlichkeit nur durch ihre Bosheit übertroffen wird. Da zeigt sich zunächst die Sucht, *jeden Erfolg des Gegners durch Lüge und Fälschung, und,* soweit diese nicht ausreichen, durch Spott und Hohn zu verkleinern. Man kann diese Kampfesweise nach jeder politischen Veranstaltung beobachten, und es soll nicht verkannt werden, daß auch auf der Rechten in dieser Hinsicht zuweilen gesündigt wird. Aber das Bild, das in diesen Tagen die Berliner Linkspresse bietet, ist ein Schulbeispiel für diese Art sinnlosen *Parteikampfes, der da glaubt, eine große politische Willens*kundgebung durch Abstreichungen und hämische Glossierung ihrer Bedeutung berauben zu können. Lügen haben nur kurze Beine, wenn man die Wahrheit mit Händen greifen kann. Darum ist es unsagbar dumm, wenn jetzt die Blätter, die Stahlhelm und Stahlhelmgeist nun einmal nicht leiden können, ihre Leser damit beunruhigen zu können glauben, *wenn sie mit schreienden Lettern von dem „verpufften Stahl*helmtag" schreiben oder sein „völlig politisches Fiasko" verkünden. Auch der fanatischste Kommunist muß sich doch angewidert fühlen von so viel Lüge, wenn z. B. die „Rote Fahne" von einem „großen Erfolg der Roten Front" erzählt, er müßte denn annehmen, daß die Verhaftung von rund 500 bolschewistischen Ruhestörern als ein solcher zu buchen ist. *Oder was sollen die aufrechten Republikaner Berlins, die mit* eigenen Augen sehen konnten, dazu sagen, wenn die demokratische und sozialdemokratische Presse ihnen den Mißerfolg des Stahlhelmtages zu beweisen sucht durch mehr oder weniger große Abstriche an der Teilnehmerzahl? An die 100 000 Leute wollte der Stahlhelm nach Berlin werfen, so heißt es, aber

Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten.

Vorzeitiger Abschluß der Reichstagssitzung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Mai. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung standen wiederum nur sogenannte kleine Vorlagen. So wurde das Uebereinkommen über die Eichung der Binnenschiffe in allen drei Lesungen angenommen, ferner den Ausschußbeschlüssen zur Haushaltsrechnung für 1924 und 1925 zugestimmt. In zweiter Lesung behandelt wurde dann der Gesetzentwurf über den

Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten.

Ein Antrag der Linksparteien auf Absetzung von der Tagesordnung wurde abgelehnt. Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage in verschiedenen Punkten noch verschärft. Nach der Ausschußfassung ist der Besuch oder die Beschäftigung von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte öffentliche oder nichtöffentliche Lustbarkeiten, Schaustellungen und Darbietungen zu verbieten oder einzuschränken, wenn eine sittliche, geistige oder gesundheitsschädliche Schädigung zu befürchten ist. Das Verbot kann auf Minderjährige, die das Ende des schulpflichtigen Alters nicht überschritten haben, beschränkt werden.

Ebenso ist die Beschäftigung von Minderjährigen unter 18 Jahren, die das Ende des schulpflichtigen Alters überschritten haben, bei bestimmten öffentlichen oder nichtöffentlichen Lichtspielaufnahmen, oder bei Lichtspielaufnahmen eines bestimmten Unternehmens zu verbieten, oder einzuschränken, oder von besonderen Auflagen abhängig zu machen. Der Ausschuß hat noch die Bestimmung hinzugefügt, daß diese Maßnahmen, wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz nicht getroffen werden dürfen.

Für die Uebertretung der Vorschriften dieses Gesetzes sieht die Vorlage Geldstrafen bis zu 150 Mark oder Haft vor. Wer wegen Beschäftigung von Minderjährigen bei einer Veranstaltung oder Lichtaufnahmen schon wiederholt rechtskräftig verurteilt worden ist, dem kann der Betrieb solcher Lustbarkeiten untersagt werden, und zwar für das ganze Reichsgebiet.

In der allgemeinen Aussprache bezeichnet Abg. **Seydewitz** (Soz.) den Entwurf als ein reaktionäres, gegen die Geistesfreiheit und die Jugend gerichtetes Gesetz, das noch unehrlicher sei, als das Schund- und Schmutzgesetz. Diese Muckergesetze hätten die Absicht, das Theater unter eine Art Vorzensur zu stellen. Abg. Frau **Wurm** (Soz.) verlangt Absetzung des Gegenstands von der Tagesordnung, da die Bänke der bürgerlichen Parteien außerordentlich schwach besetzt seien. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Linken angenommen. Das Haus vertagte sich dann auf Donnerstag nachmittag.

Demokratische Interpellation gegen die Portoerhöhung.

Berlin, 11. Mai. Die demokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich gegen die geplante Portoerhöhung richtet. Diese Erhöhung bringe eine Mehrbelastung für die Wirtschaft, die 800 Millionen Mark im Jahre erheblich übersteige.

Das „Vikarinnen"-Gesetz angenommen.

Berlin, 10. Mai. Das Kirchengesetz über die Vorbildung und Anstellung der „Vikarin" wurde gestern von der Generalsynode in der 3. Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Nach den endgültigen Beschlüssen des Hauses sollen die weiblichen Theologen befugt sein zur kirchlichen Wortverkündung im Kindergottesdienst und in Bibelstunden, zur Lehrtätigkeit an Berufsschulen, zur Seelsorge in der Gemeinde, insbesondere an der weiblichen Jugend, in Mädchenheimen, in den Frauenabteilungen der Krankenhäuser und Gefangenanstalten. Dagegen ist die „Vikarin" nicht befugt zur pfarramtlichen Tätigkeit im Gemeindegottesdienst, zur Verwaltung der Sakramente sowie zur Vornahme der anderen herkömmlichen, vom Pfarrer im Ornat zu vollziehenden Handlungen.